

Kurzfassung

Die ökologische Leistungsbilanz der öffentlichen Beschaffung: Fragen der Politikkohärenz

Overview

**The Environmental Performance of Public Procurement:
Issues of Policy Coherence
German translation**

Die Kurzfassungen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen. Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich

www.oecd.org/bookshop

Diese Kurzfassung ist keine amtliche OECD-Übersetzung.



ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

Die ökologische Leistungsbilanz der öffentlichen Beschaffung: Fragen der Politikkohärenz

KURZZUSAMMENFASSUNG

Die OECD-Mitgliedsländer haben Programme eingeführt, um die mit ihren Beschaffungspraktiken verbundenen Umweltschäden zu reduzieren.

Zu diesen Maßnahmen gehören im Einzelnen: die Bereitstellung eines entsprechenden Informationsangebots, Schulungs- und Kommunikationsinstrumente, Bilanzierungs- und Finanzierungsinstrumente sowie Normen und Richtlinien.

In den letzten Jahren hat ein erheblicher Teil der OECD-Mitgliedsländer Initiativen zur Reduzierung der von der öffentlichen Beschaffung verursachten negativen Umwelteffekte eingeleitet. Auf Grund verschiedener Maßnahmen und Programme sind bei Beschaffungsentscheidungen Umweltkriterien zu beachten. In vielen Ländern wurden z.B. Maßnahmen zur „Ökologisierung der öffentlichen Beschaffung“ (*greener public purchasing* – GPP) eingeführt, die darauf abzielen, den Wiederverwertungsanteil verschiedener Erzeugnisse zu erhöhen oder bei den einzelnen Investitionsgüterarten einen bestimmten Energieeffizienzgrad zu erreichen.

Es wurden u.a. folgende Maßnahmen eingeführt:

- Bereitstellung eines Instrumentariums zur Vermittlung von Informationen, wie z.B. Kataloge und Websites, die Einkaufsverantwortlichen und anderen als Quelle umweltrelevanter Informationen dienen sollen;
- Entwicklung von Schulungs- und Kommunikationsinstrumenten, die darauf ausgerichtet sind, das Umweltbewusstsein von Einkäufern und anderen zu schärfen;
- Bereitstellung von Bilanzierungs- und Finanzierungsinstrumenten, die so konzipiert sind, dass den Umwelteigenschaften von Produkten bei der Wahl zwischen Güter- und Dienstleistungsalternativen stärker Rechnung getragen wird;
- Erlass von Normen und Richtlinien, die die Einbeziehung spezifischer (ergebnis- oder technologiebasierter) Kriterien zu beschaffender Güter und Dienstleistungen vorschreiben.

Besonders wirksam dürften diese Maßnahmen sein, wenn der Anteil der öffentlichen Nachfrage hoch ist und die Umwelteffekte variieren.

In dem Bericht wird untersucht, wie sich gewährleisten lässt, dass solche Maßnahmen andere Umweltpolitiken wirksam und kostengünstig ergänzen.

Leider wurden bisher nur sehr wenige formale Evaluierungen durchgeführt, doch ...

ist die notwendige allgemeine Unterstützung auf institutioneller und Managementebene wohl der Schlüssel zum Erfolg.

Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft können eine noch wichtigere Rolle spielen als direkte Effekte.

Die Einführung derartiger Maßnahmen wird vermutlich signifikant positive Umwelteffekte zur Folge haben, wenn der Anteil der öffentlichen Nachfrage an der Gesamtnachfrage relativ hoch ist und wenn die potentiellen Umwelteffekte der verschiedenen Beschaffungsalternativen sehr unterschiedlich sind. Aber auch der Grad der Zentralisierung und Koordinierung von Beschaffungsentscheidungen spielt eine wesentliche Rolle. Im vorliegenden Bericht werden die Untersuchungsergebnisse in all den vorstehenden Bereichen dargelegt, um zu beurteilen, welche Art von Produkten sich jeweils am besten für GPP-Programme und -Maßnahmen eignen dürfte.

Im Bericht werden einige der Faktoren untersucht, die dafür sorgen dürften, dass diese Maßnahmen ökologisch wirksam und gleichzeitig kostengünstig sind. Hierzu gehören u.a. die Wahl des Instruments, das innerhalb eines Programms verwendet wird, sowie allgemeinere Fragen im Zusammenhang mit den umweltpolitischen Rahmenbedingungen der Programmdurchführung. Insbesondere werden die Verbindungen zwischen GPP-Programmen bzw. -Maßnahmen und anderen bereits existierenden umweltpolitischen Maßnahmen untersucht.

Es wird eine Analyse der Evaluierungen mehrerer in ausgewählten OECD-Ländern (Kanada, Vereinigtes Königreich, Dänemark, Vereinigte Staaten, Österreich) durchgeführter GPP-Programme bzw. -Maßnahmen präsentiert. In diesem Zusammenhang wird allerdings festgestellt, dass nur relativ wenige formale Ex-post-Evaluierungen vorgenommen wurden und dass der Sammlung der zur Durchführung solcher Evaluierungen erforderlichen Daten Priorität eingeräumt werden sollte.

Ganz allgemein lassen die vorliegenden Untersuchungsergebnisse erkennen, dass zur Erreichung der in solchen Programmen gesteckten Ziele Anstrengungen zur Sicherstellung folgender Punkte unternommen werden müssen: Engagement des oberen Managements für die Umsetzung des Programms, Einsatz einfacher, transparenter und praxisorientierter Instrumente, Einbeziehung von Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen in das jeweilige Programm.

Das primäre Ziel der GPP-Programme bzw. -Maßnahmen ist zwar die Verbesserung der ökologischen Leistungsbilanz des öffentlichen Sektors, doch herrscht allgemein die Auffassung, dass diese Maßnahmen auch indirekte Auswirkungen auf die von der Gesamtwirtschaft verursachten Umweltbelastungen haben könnten. Zum Beispiel könnten GPP-Programme umweltfreundliche technologische Entwicklungen oder Veränderungen des Verbraucherverhaltens begünstigen. In diesem Zusammenhang kommt es indessen darauf an, eine genaue Vorstellung davon zu haben, wann solche positiven Nebeneffekte am besten realisiert werden können, und genauso wichtig dürfte die Frage sein, wie sich verhindern lässt, dass ungewollt indirekte negative Folgen entstehen.

Untersucht wird ferner, wie sich diese Maßnahmen kohärent mit anderen staatlichen Politiken kombinieren lassen ...

Im Bericht wird zudem hervorgehoben, dass GPP-Maßnahmen nie isoliert eingeführt werden und dass die Anbindung der Programme an andere Bereiche der staatlichen Politik für ihren Erfolg entscheidend sein kann. Neben den Verbindungen zwischen GPP-Programmen/-Maßnahmen und allgemeinen die Unternehmen und die privaten Haushalte betreffenden Umweltpolitiken wird auch die Beziehung zwischen GPP-Programmen/-Maßnahmen und öffentlichem Ausgabenmanagement sowie der Rechtsrahmen des Beschaffungswesens untersucht.

Berücksichtigt wurden auch Zusammenhänge mit allgemeinen Fragen des öffentlichen Ausgabenmanagements, insbesondere Finanzierungs-, Budgetierungs- und Bilanzierungspraktiken. Es wird die These vertreten, dass allgemeine Reformen im Zusammenhang mit dem öffentlichen Ausgabenmanagement für die Verbesserung der ökologischen Leistungsbilanz der öffentlichen Beschaffung mindestens so wichtig sein können wie eigens hierauf angelegte GPP-Maßnahmen. Dies betrifft u.a. folgende Punkte:

zum Beispiel mit dem öffentlichen Ausgabenmanagement ...

- Grad der Rechenschaftspflicht der Verantwortlichen bei Beschaffungsentscheidungen;
- bei der Haushaltsplanung zu Grunde gelegte Zeitrahmen, wie z.B. Einjahres- oder Mehrjahresbudgets;
- Grad der zeitlichen Flexibilität, z.B. die Möglichkeit der Budgetübertragung oder der Kreditaufnahme zu Lasten künftiger Haushalte;
- Trennung der Verantwortlichkeiten für Kapitalkosten und Betriebskosten zwischen verschiedenen Behörden und Abteilungen;
- Art der verwendeten Bilanzierungsverfahren, insbesondere der Verbuchung bestimmter Posten wie z.B. Kapitalkosten.

Obwohl solche in zweifacher Hinsicht positiven Ergebnisse möglich sind, muss dieser Fall nicht zwangsläufig eintreten, und es werden daher Beispiele für einfachere Optionen vorgestellt, um verschiedene Hindernisse im Zusammenhang mit der Finanzierungsfrage zu überwinden, so z.B. Finanzierungen durch Dritte.

... sowie mit nationalen und internationalen Beschaffungsvorschriften.

Untersucht wird auch der Rechtsrahmen des Beschaffungswesens. Dies geschieht durch die Analyse einer Reihe nationaler und internationaler Politikrahmen, die sich auf die Möglichkeiten der Berücksichtigung von Umweltsachen bei Beschaffungsentscheidungen in verschiedenen Bereichen auswirken. Hierbei geht es im Einzelnen um folgende Punkte: die technischen Spezifikationen für die zu beschaffenden Güter oder Dienstleistungen, die Qualifizierung und Auswahl potentieller Anbieter sowie Auftragsvergabekriterien. Diese Punkte spielen eine entscheidende Rolle im Hinblick auf die Frage, in welchem Maße die staatlichen Stellen

Umweltkriterien bei Angebotsausschreibungen und im Beschaffungswesen ganz allgemein Rechnung tragen können. Generell lässt sich der Schluss ziehen, dass der „Ökologisierung“ der öffentlichen Beschaffung zwar nur wenige größere rechtliche Hindernisse im Wege stehen, einigen Regelwerken aber manche Unklarheiten und Ungewissheiten innewohnen, die den Fortschritt im Umweltbereich bremsen könnten.

Der Bericht schließt mit einer Übersicht über die gewonnenen Erkenntnisse und Orientierungen für künftige Arbeiten.

Der Bericht endet mit einer kurzen Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse und Hinweisen auf Optionen für künftige Arbeiten. Ein Anhang zum Bericht enthält überdies eine Zusammenfassung der Diskussionen eines im Oktober 2001 in Wien veranstalteten Workshops, auf dem ein Großteil dieser Fragen behandelt wurde.

Weitere Auskünfte zum Thema GPP erteilt:

Nick Johnstone, National Policies Division, Environment Directorate

E-Mail – Nick.Johnstone@oecd.org

Informationen allgemeinerer Art über das **OECD-Umweltprogramm** sind erhältlich über unsere Website: <http://www.oecd.org/env/> oder per E-Mail: env.contact@oecd.org

**Die vorliegende Kurzfassung enthält die Übersetzung von Auszügen aus:
The environmental performance of public procurement: issues of policy
coherence**

© 2003, OECD.

OECD-Publikationen und -Kurzfassungen (Overviews) sind verfügbar unter:

www.oecd.org/bookshop/

Geben Sie im Online-Buchladen im „Title Search“-Suchfeld „Overview“ oder den englischen Titel der Veröffentlichung ein (es besteht systematisch ein Link zwischen den Kurzfassungen und der englischen Originalfassung).

Die Kurzfassungen werden von der Abteilung Rechte und Übersetzungen,
Direktion Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, ausgearbeitet.

E-Mail: rights@oecd.org / Fax: +33 1 45 24 13 91



© OECD, 2003

Die Wiedergabe dieser Kurzfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD
sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.